

## INHALT

1. Planen SPD, Grüne und SSW Einschnitte bei Pensionen?
2. Die Keule für den ländlichen Raum kommt durch die Hintertür
3. Regierungsfaktionen beschließen Mogelpackung statt Altschuldentilgungsfonds
4. Landtagsdebatte um PRISM und Tempora
5. Veggie-Day in öffentlichen Kantinen?
6. Verfassungsschutzbericht 2012
7. Fraktionsreise der CDU nach Polen

23.08.2013

### Planen SPD, Grüne und SSW Einschnitte bei Pensionen? Landesregierung verweigert klares Bekenntnis zur Beamtenversorgung



Peter Sönnichsen, Mdl

Die Oppositionsfaktionen forderten die Landesregierung heute (23. August 2013) zu einem klaren Bekenntnis zu den Beamtenpensionen auf. Auf Antrag der FDP-Fraktion sollte die Landesregierung unmissverständlich klarstellen, dass sie keine Initiative unterstützt, die darauf abzielt, die Pensionsverpflichtungen der Länder zu Lasten der Beamten zu reduzieren.

Für die CDU-Fraktion griff Finanzexperte Peter Sönnichsen die Regierung scharf an. „Der FDP-Antrag ist klar formuliert, die Beschlussfassung kann nur „Zustimmung“ lauten“, so Sönnichsen. Es sei völlig unklar, warum die Koalitionsfraktionen diesem Antrag nicht zustimmten, sondern stattdessen einen Änderungsantrag formuliert hätten.

Sönnichsen fragte an die Regierungsbank gerichtet, wie die Stellungnahme des Finanzministeriums vom 27. Juli 2013 zu verstehen sei. In dieser heißt es, von Seiten der Landesregierung gäbe es derzeit keine Pläne zu Einschnitten bei den Beamtenpensionen.

„Da stellt sich schon die Frage, wie die Halbwertzeit des Wortes „derzeit“ einzuordnen ist“, so Sönnichsen.

Im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wird lediglich darauf verwiesen, dass SPD, Grüne und SSW in ihrem Koalitionsvertrag vor einem Jahr verkündet hatten, keine Eingriffe bei den Beamtenpensionen vorzunehmen. Einer klaren Aufforderung an die Landesregierung, keine Eingriffe vorzunehmen, verweigerten sich die Fraktionen jedoch.

„Warum wollen Sie keine Aufforderung an die Regierung? Offensichtlich ist das eine weitere Hintertür. Pensionen sind die Altersvorsorge der Beamten. Sie sind Bestandteil des Einkommens, sie sind nichts anderes als bereits verdientes Geld!“

„Gedanken über rückwirkende Änderungen, wie sie von Grünen-Politikern wie dem Baden Württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann eingeleitet wurden, verbieten sich“, so Sönnichsen abschließend. Kretschmann hatte in den vergangenen Monaten die Überlegung ins Spiel gebracht, Beamtenpensionen nachträglich zu kürzen.

Link zum Ursprungsantrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1036.pdf>

---

## **Die Keule für den ländlichen Raum kommt durch die Hintertür** **Debatte über Gutachten zur Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs**



Petra Nicolaisen, MdB

Erneut waren heute (22. August 2013) die Vorhaben der Landesregierung zur Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein Thema im Plenum des Landtags. Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde die Landesregierung aufgefordert über das Gutachten zur Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs und den daraus resultierenden Konsequenzen zu berichten.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen, kritisierte in der Debatte die Zielvorgaben der Landesregierung im Vorwege der Erstellung des Gutachtens. „Wer die

Musik bezahlt, bestimmt was gespielt wird. Und genau diese bestellte Musik hat der Gutachter gespielt. So darf man sich eigentlich nicht wundern, dass das Gutachten nicht mehr ist, als eine Bauanleitung. Eine Bauanleitung für ein Schleswig-Holstein nach Koalitionsideologie“, so Nicolaisen.

Eine Schwächung des ländlichen Raumes sei der Auftrag gewesen, den der Gutachter zu erfüllen hatte. Diese Schwächung sei nun durch eine finanzielle Austrocknung der Kreise konkret vorgeschlagen. „Das perfide an den vorliegenden Vorschlägen ist: Die Keule für den ländlichen Raum kommt durch die Hintertür. Durch die finanzielle Austrocknung der Kreise. Durch einen brutalen Eingriff an dieser Stelle wird der ländliche Raum geschwächt“, so Nicolaisen.

Die Umschichtung in den Teilmassen, die das Gutachten vorschläge, werde zwangsweise dazu führen, dass die Kreise sich das Geld, über die Kreis-Umlage wiederholen. „Sie werden es sich nämlich wiederholen müssen, damit sie ihre Aufgaben überhaupt erfüllen können“, so die CDU-Abgeordnete.

Dadurch werde gezielt ein Keil in die Partnerschaft zwischen Kreisen und kreisangehörigen Gemeinden getrieben. Die kommunale Familie werde dabei gegeneinander ausgespielt.

Nicolaisen entlarvte Aussagen des Innenministers, nach denen es um eine Verteilung der Finanzmittel nach den tatsächlichen Aufgaben gehe. Nicolaisen: „Wer das Gutachten liest, stellt fest: Verteilungsmaßstab sind nicht die Aufgaben, sondern der Zuschussbedarf. Wer sich arm macht, wird belohnt. Wer spart, wird bestraft. Und das nennt die Koalition dann Gerechtigkeit!“, so die CDU-Innenpolitikerin.

Nicolaisen forderte die Koalition auf, ihren Irrweg zu verlassen. „Noch können Sie ein Gesetz vorlegen, das den Verhältnissen in unserem Land gerecht wird. Noch können Sie sich von Vernunft leiten lassen, statt von Ideologie“, forderte die Abgeordnete.

Wenn SPD, Grüne und SSW ihren großspurigen Versprechungen allerdings Folge leisten wollten, dann müssten sie insgesamt mehr Geld ins System geben.

Zum Berichtsantrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1031.pdf>

---

## **Regierungsfractionen beschließen Mogelpackung statt Altschuldentilgungsfonds Gemeinsame Lösung scheitert an der SPD**

In seinem Debattenbeitrag zu TOP 35 „Altschuldentilgungsfonds“ hat CDU-Finanzexperte Tobias Koch den Fraktionen von SPD, Grünen und SSW heute vorgeworfen, eine Mogelpackung vorzulegen:

„Ihr Altschuldentilgungsfonds ist eine Mogelpackung, bei dem es nicht darum geht, Altschulden zu tilgen. Ihnen geht es nur darum, mit dem Solidaritätszuschlag zukünftig Zinsen zu bezahlen, um so Spielraum für zusätzliche Ausgaben zu gewinnen!“, erklärte Koch unter Verweis auf die unterschiedlichen Formulierungen in den Anträgen (Link siehe unten).

Der CDU-Finanzexperte bedauerte, dass eine sinnvolle Lösung an der SPD-Fraktion gescheitert sei. Denn die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und SSW hätten eine gemeinsame Lösung vorgelegt. Die Finanzministerin habe diese Einigung begrüßt. Die Fraktionen von Grünen, SSW und CDU hätten bereits zugestimmt.

Dann sei aus der SPD ein „Nein“ gekommen. „Die SPD in Schleswig-Holstein lässt einen parteiübergreifenden Konsens zum Wohle unseres Landes aus rein parteitaktischem Kalkül scheitern!“, stellte Koch fest. Redner der Grünen und des SSW bedauerten ausdrücklich, dass es zu keinem gemeinsamen Antrag gekommen ist.

Die CDU-Fraktion brachte vor diesem Hintergrund heute die zwischen den Finanzpolitikern getroffene Vereinbarung als Änderungsantrag (Drucksache Nr. 18/1093) ein. In seiner Rede forderte Koch Ministerpräsident Albig auf: „Es gibt in diesem Parlament eine Mehrheit für den gefundenen Kompromissantrag, den die CDU heute hier als Änderungsantrag einbringt. Zwei Ihrer Regierungsfractionen befürworteten diesen Konsens ebenso wie die Fachpolitiker aus den Reihen der SPD. Herr Albig setzen sich an dieser Stelle einmal, ein einziges Mal gegen den SPD-Fraktionsvorsitzenden durch“.

Albig meldete sich nicht zu Wort. Der CDU-Antrag wurde in namentlicher Abstimmung von allen Abgeordneten der Regierungsfractionen – inklusiver deren finanzpolitischen Sprecher – abgelehnt.

Der Antrag der CDU wird demnächst unter folgendem Link frei geschaltet:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1093.pdf>

Link zum von den Regierungsfractionen beschlossenen Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0744.pdf>



Tobias Koch, MdL

---

### **Landtagsdebatte um PRISM und Tempora Bundesregierung bei Schutz der Privatsphäre unterstützen**

„Das Wesen von Geheimdiensten liegt nun einmal in der Vertraulichkeit ihrer Tätigkeit, ansonsten wären sie Nachrichtenagenturen“, stellte der datenschutzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Axel Bernstein, in der heutigen (24. August 2013) Landtagsdebatte über die Vertraulichkeit der elektronischen Kommunikation fest.

Die Fraktion der Piraten hatte die Landesregierung per Antrag aufgefordert, bis zum 19. September 2013 schriftlich über die Nutzung von Daten aus den Überwachungsprogrammen PRISM und Tempora durch schleswig-holsteinische Behörden zu unterrichten. Weiterhin sollte die Landesregierung darüber informieren, wie zukünftig die Nutzung von Daten, die nach deutschem Recht nicht hätten erworben werden dürfen, ausgeschlossen werden soll.

„Geheimdienste sind ein notwendiger Bestandteil der Sicherheitsarchitektur eines jeden souveränen Staates. Gerade bei Diensten, die sich für die offene parlamentarische Kontrolle nicht eignen, stellt die Kontrolle ihrer Arbeit durch die Parlamente eine besondere Herausforderung dar“, so Bernstein.

Eine effektive Kontrolle von Nachrichtendiensten sei jedoch nur dann möglich, wenn man die grundsätzlich vertrauliche Arbeit auch als Parlamentarier akzeptiere und nicht der Versuchung der eigenen Profilierung unter dem Deckmantel der Transparenz erliege.

Die CDU halte es für richtig, mit den Partnern in den USA und weiteren befreundeten Staaten einen intensiven und dauernden Dialog über die Arbeit ihrer Dienste zu führen. Es sei richtig, die UN-Vereinbarung zum Schutz von Privatleben und Schriftverkehr um die digitale Privatsphäre zu ergänzen. Weiterhin sei es auch richtig, mit den Verbündeten gemeinsame Standards für Nachrichtendienste festzuschreiben, die gegenseitige Spionage oder auch Wirtschaftsspionage ausschließen. „Und all das tut die Bundesregierung auch schon!“

Die CDU forderte die Landesregierung daher mit einem Änderungsantrag auf, die Maßnahmen der Bundesregierung zum Schutz der Privatsphäre zu unterstützen.

„Die Einigkeit in der Sache ist dabei doch so groß, dass selbst der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, nach sieben Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums, die er selbst anberaumt hatte, zugeben musste, dass es keine Hinweise auf eine Ausspähung deutscher Staatsbürger gibt“, so Bernstein abschließend

Link zum Antrag der Piraten:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0900/drucksache-18-0936.pdf>

Link zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1065.pdf>



Dr. Axel Bernstein, MdL

---

## **Veggie-Day in öffentlichen Kantinen? Grüne Bevormundungsdebatte im Landtag**

„Nachtflugverbot, Billigflugverbot, Motorrollerverbot, Rauchverbot, Computerspielverbot Heizpilzverbot, punktuell Limonadenverbot, Verbot der ersten Klasse bei der Bahn. Die Bevormundung der Bürger ist zum Grünen Volkssport geworden“, so listete Heiner Rickers in der heutigen (23. August 2013) Debatte auch nur die aktuellsten Verbotsvorhaben der Grünen auf.

Die FDP-Fraktion forderte den Landtag in ihrem Antrag zum Tagesordnungspunkt dazu auf, von sämtlichen beschränkenden Vorgaben für das Speisenangebot in öffentlichen Kantinen Abstand zu nehmen. Erwartungsgemäß stellten die Regierungsfaktionen darauf hin einen Antrag, mit dem sie die Landesregierung auffordern, sämtlichen öffentlichen Kantinen Vorgaben zu ihrem Angebot hinsichtlich vegetarischen, regionalen, saisonalen sowie Speisen aus biologischem Anbau machen.

„Was mir zunehmend auf den Nerv geht, ist die Überheblichkeit und Arroganz mit der die Grünen Gutmenschen glauben die selig machende Weisheit gepachtet zu haben und zu der alle gezwungen werden sollen. Auch an diesem Punkt zeigt sich ihr unerschütterlicher Glaube, dass der Staat alles besser kann, solange sie nur bestimmen wo es lang geht“; so Rickers.

„Wir haben in Deutschland mündige Bürger da kann noch jeder selbst entscheiden, ob er Hamburger oder Tofuburger essen möchte. Sie von den Regierungsfaktionen - namentlich den Grünen - geht das gar nichts an“; so Rickers abschließend.

Zum Antrag der FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1046.pdf>

Zum Antrag von SPD, Grünen und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1000/drucksache-18-1073.pdf>



Heiner Rickers, MdL

---

## Verfassungsschutzbericht 2012

### Wachsam bleiben!

Nachdem Innenminister Breitner den aktuellen Verfassungsschutzbericht 2012 bereits vorgelegt hatte, erfolgte heute (24. August 2013) die parlamentarische Debatte darüber im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Innenexpertin Petra Nicolaisen stellte in ihrem Beitrag für die CDU-Fraktion fest, „der Bericht macht eines eindrücklich klar. Die Gefahren kommen aus verschiedenen Richtungen.“ Extremismus sei dabei ein Phänomen, das man weder wegdiskutieren könne, noch verharmlosen dürfe. „Der Extremismus bleibt eine Herausforderung, der sich Behörden und Politik weiter werden stellen müssen“, so Nicolaisen.

Man müsse aus den Zahlen des Berichts die Konsequenz ziehen, dass man nicht nur im Bereich der Sicherheitsbehörden weiterhin an sich arbeiten müsse. Dabei sei sowohl die

Aufklärungsarbeit bei gefährdeten Gruppen, wie auch die Hilfe beim Ausstieg aus der Szene wichtig.

„Wir dürfen dabei aber nicht den Fehler machen und den Blick nur nach rechts richten. Die Gefahren aus dem linken Spektrum nehmen zu. Die Gewaltbereitschaft dieser Szene hat bereits erschreckende Ausmaße angenommen. Vieles von dem, was sich hinter dem harmlos klingenden Begriff „antifaschistisch“ verbirgt, ist alles andere als harmlos“, warnte Nicolaisen.

Der Bericht spreche hier nicht über eine Gruppe niedlicher Weltverbesserer. Es ginge um eine Szene, die gnadenlos Gewalt gegen die einsetze, die nicht ihrer Ideologie folgten. Und auch der Islamismus bedrohe uns weiterhin. Der Islam sei Bestandteil der religiösen Vielfalt in unserem Land. Der Islamismus hingegen sei eine Bedrohung.

„Der Islamismus gehört nicht zu unserem Land! Der Linksextremismus gehört nicht zu unserem Land! Und der Rechtsextremismus gehört ebenfalls nicht zu unserem Land!“ Gegen alle Formen von Extremismus müsse und werde man vorgehen! Konsequent und sorgfältig.

„Aber der Staat braucht auch Instrumente zur Sammlung von Informationen. Der Staat muss in der Lage sein, Bedrohungen auch aus dem Innern zu identifizieren. Und wer dem Staat jegliche Möglichkeiten hierzu nehmen will, der nimmt billigend in Kauf, dass sich extremistische Strukturen ungehindert bilden und ausbreiten können“, so Nicolaisen abschließend.

Link zum Verfassungsschutzbericht 2012:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0770.pdf>

---

### **Fraktionsreise der CDU nach Polen**

#### **Gespräche mit Politik, Verwaltung, Medien und deutscher Minderheit**

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag reist vom 27.- 30. August 2013 nach Polen. Dort stehen unter anderem Gespräche im polnischen Parlament, im polnischen Landwirtschafts-, Bildungs- und Justizministerium sowie mit Vertretern der deutschen Minderheit auf der Tagesordnung.

Die vorherige Fraktionsreise führte die Abgeordneten der CDU-Fraktion im Jahr 2010 für drei Tage nach Berlin. Im Jahr 2008 fand die vorherige Auslandsreise nach Südtirol und Rom statt.

„Wir wollen mehr über unsere Nachbarn im Osten erfahren und insbesondere schauen, in welchen Bereichen wir von ihm lernen können. Wir wollen die Reise nutzen, um die Zusammenarbeit mit unserem polnischen Nachbarn auf Landesebene zu intensivieren. Und selbstverständlich werden wir im angemessenen Rahmen der Greuelthaten, die zur Zeit des Nationalsozialismus von Deutschen am polnischen und jüdischen Volk begangen worden sind, gedenken“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Hans-Jörn Arp, am Freitag, 23. August 2013, bei der Vorstellung des Programms.

Polen sei ein Land, das in den vergangenen 20 Jahren in allen Bereichen eine beeindruckende Entwicklung durchlaufen und dabei enorme Potenziale entwickelt habe. Mehr als 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs stelle das Transformationsland Polen eine zentrale und wachsende Wirtschaftskraft innerhalb Europas dar.

Deutschland und Polen pflegten bereits eine sehr intensive Partnerschaft. Zwischen Polen und Schleswig-Holstein gebe es vereinzelte Kooperationen insbesondere auf Gemeinde- und

Kreisebene. „Allerdings sehen wir auf Landesebene durchaus Potenziale“, so Arp.

Für die Reise seien die Terminkalender des polnischen Parlamentes Sejm und des Landtages bereits Anfang des Jahres 2013 miteinander abgeglichen worden. Nach Abwägung aller Termine habe sich die letzte Augustwoche aus organisatorischen Gründen als bestmöglicher Zeitraum für eine Bereisung herauskristallisiert. Der Eigenbeitrag der Landtagsabgeordneten beläuft sich auf 250 Euro pro Kopf.

Programm:

Das Programm sieht neben einigen Besuchen und Gesprächen der Gesamtfraktion zahlreiche Termine vor, in denen die Fraktionsarbeitskreise in ihren Fachbereichen neues Wissen, Eindrücke und Erfahrungen sammeln können.

Im Einzelnen:

Dienstag, 27. August 2013

Nach der gemeinsamen Anreise am Dienstagvormittag nach Warschau findet zunächst ein Briefing durch die Deutsche Botschaft Warschau statt.

Am Nachmittag erfolgt ein Besuch im Sejm, dem polnischen Parlament, der an diesem Tag seine erste Sitzung nach der Sommerpause abhält.

Vorgesehen sind Gespräche mit Vorsitzenden der PI/D Parlamentariergruppe, Marek Krzakala (PO) sowie dem Abgeordneter der dt. Minderheit in Polen Ryszard Galla.

Im Anschluss findet ein kleiner sommerlicher Empfang in der Deutschen Botschaft mit politischen Gesprächen statt.

Mittwoch, 28.8.2013

Der Vormittag dient in erster Linie dem Gedenken der Opfer der Terrorakte der Nationalsozialisten in Warschau. Hierzu gehört ein Besuch des Warschauerghettos und des neuen jüdischen Museums im Stadtzentrum. Ferner wird die Fraktion mit Kranzniederlegungen den Opfer des Warschauerghettos und dem Aufstand der polnischen Widerstandskämpfer gedenken.

An Nachmittag finden Fachgespräche der FAKs in polnischen Ministerien mit ranghohen Vertretern statt:

FAK Agrar- und Umweltpolitik  
Termin im Landwirtschaftsministerium  
Gespräch zum Milch- und Getreidemarkt in Polen

FAK Innen- und Rechtspolitik, FAK Europapolitik  
Gespräch im Justizministerium Polen  
Themen: Grenzüberschreitende Kriminalität, Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaften, Schengenraum.  
Gespräch im Innenministerium  
Themenschwerpunkte: Internationale Zusammenarbeit und EU-Fonds,



FAK Medienpolitik  
Besuch bei Deutscher Redaktion im Polnischen Rundfunk  
Informationsgespräch zur Medienlandschaft in Polen

FAK Sozialpolitik, FAK Bildungspolitik  
Gespräch im Bildungsministerium zusätzlich mit Vertretern des Arbeits- und Gesundheitsministerium  
Informationsgespräch der Ausbildung in der Alten- und Gesundheitspflege und Gesundheitspolitik in Polen

FAK Wirtschaftspolitik  
Gespräch bei GDDKiA und Via Toll (Tochtergesellschaften des Verkehrsministeriums) zur Planung und Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen im Verkehr  
Gespräch Deutsche Zentrale Tourismus und POT bei der Außenhandelskammer zur Bedeutung des Tourismus in Polen.

Abendessen mit politischen Vertretern und Gespräche

Donnerstag, 29. August, und Freitag, 30. August 2013

Am dritten Tag der Reise teilt sich die Fraktion für eineinhalb Tage in vier Delegationen, die fachspezifisch Themen vertiefen und in den Regionen zudem Gespräche mit ranghohen Regionalvertretern führen:

Gruppe 1, FAK Bildung/FAK Soziales, Krakau

Schwerpunkt: Gedenkstätten

- Gespräch und Führung im Denkmal-Hospiz der Stadt Oswiecim
- Mittagessen internationale Jugendbegegnungsstätte mit Gespräch und Führung
- Führung durch das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau
- Rückfahrt nach Krakau Abendessen
- Rundgang im jüdischen Viertel Kazimierz mit Besuch des Remuh-Synagoge mit Friedhof
- Besuch der Schindler-Fabrik
- Im Anschluss ME und Gespräch mit dem Vorsitzenden des Sejmiaks Kleinpolen, Kazimierz Barczyk

Gruppe 2, FAK Wirtschaft, Posen

Schwerpunkt: Wirtschaftsbetriebe in Posen mit deutschen Kooperationen

- Empfang im Marschallamt Posen, Gespräch
- Mittagsgespräch mit Herrn Frackowiak (Kooperationszentrum Hessen-Polen. Ein Vorbild für SH?)
- Rathaus, Stary Rynek, Empfang u. Gespräch mit Herrn Kayser, stellv. Stadtpräsident
- Besuch im Volkswagenwerk Posen
- Gespräch bei der Messegesellschaft Posen mit Herrn Byrt oder Stellv.

Gruppe 3, FAK Innen- u. Recht, FAK Europa, Danzig

Schwerpunkt: Sportpolitik, länderübergreifende Zusammenarbeit, EU-Förderung

- Mittagsgespräch Briefing durch das Generalkonsulat Danzig, Stellv. der Generalkonsulin Herrin Eß
- Gespräch Marschall-/Wirtschaftsamt mit Frau Krystyna Wróblewska, Direktorin Abtl. Internationale Zusammenarbeit
- Fahrt zur PGE-Arena, Führung, Präsentation und Gespräch im Stadion über sport-politische,

wirtschaftspolitische und kommunale Bedeutung

- Abendessen mit Gesprächsteilnehmern

Gespräch mit Vertreter des Hanse Office Danzig (Vertretung SH-HH)

Herrn Marek Choromanski

- Empfang vom Vorsitzenden des Rates der Stadt Gdansk, Herrn Bogdan Oleszek , Gespräch
- Besuch Dr. Oetker-Werk Gdansk (Produktion für den poln. Markt)
- Vorstellung des Betriebes und Gespräch mit Herrn Robert Zielinski

Gruppe 4, FAK Agrar- und Umweltpolitik, Überlandfahrt: Besuch von Agrarbetrieben

Schwerpunktthemen: Milchwirtschaft, Viehzucht, Spezialbetriebe

- Besichtigung eines Milchbauernhofs in Korabie
- Besichtigung eines Milchbauernhofs in Kudelczyn
- Besichtigung eines Champignonbetriebes in Kownaciska
- Fahrt zum Gestüt Janow Podlaski, Besichtigung, Fachgespräch und Mittagessen im Gestüt

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)